



Papst und Grossimam setzen Massstäbe

In das christlich-islamische Verhältnis kann der 4. Februar 2019 als historisches Datum eingehen. Ein Dokument von Papst und Grossimam ist ein Meilenstein – ebenso wie die grösste Messe auf arabischem Boden.



Ausland

Scheich Ahmad al-Tayyeb, Grossimam der Al-Azhar-Universität, und Papst Franziskus | © KNA

120 000 Teilnehmer aus 100 Nationen, darunter 4000 Muslime: Die Messe, die Papst Franziskus am 5. Februar in Abu Dhabi feierte, ist die praktische Seite dessen, was er am Vorabend mit dem Grossimam Ahmad al-Tayyeb in einem wegweisenden Dokument über «menschliche Brüderlichkeit» erklärte: Geschwisterlichkeit, Pluralität und gelebter Glaube in friedlichem Miteinander der Kinder des einen Schöpfers.

Tolerante Emirate

Dieses religiöse Dokument hat insbesondere in diesem Teil der Welt enorme politische Bedeutung. So klar, wie der Grossimam der Kairoer Al-Azhar-Universität und der Papst für Religionsfreiheit, Frauenrechte und Nachhaltigkeit werben, so deutlich, wie sie jegliche Gewalt und Extremismus im Namen Gottes, aber auch religionsfeindlichen Säkularismus und amoralischen Individualismus verurteilen, will das

nicht jeder Machthaber oder traditionalistische Prediger hören.

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) geben sich als Förderer und Schützer von Toleranz und Dialog – auch in Abgrenzung zum grossen Nachbarn Saudi-Arabien. So haben die Emirate nicht nur kostenlos das Zayed-Sportstadion für die Papstmesse zur Verfügung gestellt. Auch für die zweitägige interreligiöse Konferenz über «Human Fraternity» scheute man weder Kosten noch Mühen.

In seiner Rede an der Konferenz forderte al-Tayyeb, Christen müssten in der Region volle Bürgerrechte haben. Dafür erhielt er ebenso Applaus wie für seine Kritik an westlichen Zerrbildern von Muslimen.

Der Papst kritisierte in seiner anschliessenden Rede scharf Krieg und Wettrüsten in der Region, lobte aber die Emirate für die Ge-

währung von Kultusfreiheit. Am Abend des ersten Tages bekamen beide den «Human Fraternity Award» überreicht, gestiftet von Abu Dhabis Herrschern, den Zayed. Das Oberhaupt der katholischen Kirche und der Vorsteher einer der wichtigsten Lehrautoritäten des sunnitischen Islam unterzeichneten zum Schluss des interreligiösen Treffens eine gemeinsame Erklärung.

Brisante Erklärung zum Auftakt

Die ist so brisant, dass ihre Veröffentlichung im Vorfeld nicht angekündigt wurde. Gemeinsam wie auch jeweils in ihren Glaubensgemeinschaften wollen Papst und Grossimam Frieden, Dialog, Toleranz und echte Frömmigkeit fördern, jeder Instrumentalisierung von Religion für Hass und Gewalt entgegenwirken und für gleiche Rechte für alle eintreten.

Fortsetzung auf nächster Seite

Meinung

Von wegen Missbrauch und Täuschung

Jetzt ist der Fall «Adebar» definitiv entschieden. Das Bundesgericht lehnt die Klage des Bistums Chur ab. Oberste Bistumsvertreter wollten erreichen, dass die Landeskirche die Familienberatungsstelle «Adebar» finanziell nicht mehr unterstützt. Die Beschwerde gegen das Corpus catholicum, die Legislative der Katholischen Landeskirche Graubünden, wurde durch alle Instanzen geführt. Vergeblich.

Pikant ist dabei nicht der Entscheid aus Lausanne. Vielmehr gibt die Medienmitteilung des Bistums zu denken. Hier wird aus vollen Rohren weiter gegen die Landeskirche und das Staatskirchenrecht geschossen. Es ist von «Täuschung» und «Missbrauch» des Namens der katholischen Kirche die Rede.

Das ist ein schwerer Vorwurf gegen das Corpus catholicum, das sich im Kanton Graubünden als Teil der katholischen Kirche versteht. Es hat nämlich dafür gesorgt, dass die finanziellen Beiträge an die Beratungsstelle an bestimmte Bedingungen geknüpft werden.

Am meisten ist den Beschwerdeführern vom Churer Bischofssitz wohl aufgestossen, dass sie in diesem Rechtsfall als «Dritte» bezeichnet werden. Da spielt wohl ein gerütteltes Mass an Ohnmacht mit. Diese Verschiebung der Machtverhältnisse kann heilsam sein.

Es ist durchwegs katholisch, dass wir in der Schweiz demokratisch gewählte Parlamente haben, die autonom über Finanzen entscheiden können. Damit gibt es eine Form von Ausgleich zwischen Bistum und Landeskirche, die sich gegenseitig ergänzen, aber auch kontrollieren. Das ist gutschweizerisch: von Missbrauch und Täuschung keine Spur.



Charles Martig

Direktor des Katholischen Medienzentrums Zürich.

Diese Jugend will mehr

Alles eine Nummer kleiner beim Weltjugendtag in Panama, dafür aber auch intensiver. Wer wissen wollte, wohin sich die gesellschaftliche Debatte entwickelt, konnte in den Diskussionsforen einen vielseitigen Einblick erhalten.

Am katholischen Weltjugendtag in Panama, der am 27. Januar zu Ende ging, traf sich der gesellschaftlich-politisch motivierte Teil der Jugend, der weit über den Tellerrand hinausdenkt. Diese Jungen werden die gesellschaftliche Debatte der nächsten Jahre bestimmen. Sie werden beeinflussen, was ethisch und ökologisch gut und was verwerflich ist.

Künftige Vertreter von NGOs

In Panama war die kommende Generation der Repräsentanten der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) vertreten. Viele von ihnen stecken noch in der Ausbildung, aber ein grosser Teil hat klare Vorstellungen von der Zukunft und dem, was sie machen wollen. Und das heisst gesellschaftliches Engagement. Wer zum Beispiel das «Youth Hearing» des Bundes der Deutschen Katho-

lischen Jugend und des Lateinamerika-Hilfswerks Adveniat vor Ort miterlebte, der hat eine sehr engagierte Jugend gesehen, die sich keinesfalls damit abspeisen lässt, die Themen bloss anzuschneiden. Diese Jugend will mehr. Sie will verändern, und das überragende Thema dabei ist Ökologie: der Schutz der Natur, des Regenwaldes, des Klimas und der indigenen Völker.

Klasse statt Masse

Die Jungen werden diese Themen in die gesellschaftlichen Debatten hineinbringen. Das alles wurde auch deutlich, weil am Weltjugendtag in Panama nicht alles so riesig war wie sonst. Statt Masse stand Klasse im Vordergrund. Es wurde effizient und zielorientiert diskutiert. Und es wurden Forderungen aufgestellt.

Tobias Käufer



Teilnehmerin am Weltjugendtag 2019 in Panama | © KNA

Fortsetzung von letzter Seite

Papst und Grossmama ...

Selbst in den toleranten Emiraten geniessen Nichtmuslime zwar Kultus-, aber keine Religionsfreiheit. Darauf hatte der Papst in seiner Rede am Montagabend hingewiesen.

Ging es am 4. Februar um den interreligiösen Dialog, so galt der Vormittag des folgenden Tages den Christen im Nahen Osten. Bei der Messe mit Zehntausenden Menschen im Stadion und weiteren Zehntausenden

davor spendete Franziskus den Christen in Arabien, die fern ihrer Heimat leben, Trost.

Mit dem bislang grössten christlichen Gottesdienst auf arabischem Boden wurden die Christen in der islamischen Welt ins Licht der Weltöffentlichkeit gerückt. Mit der von Franziskus und al-Tayyeb unterzeichneten Erklärung haben die katholische Kirche und die höchste Lehrautorität des sunnitischen Islam einen Meilenstein gesetzt, hinter den Christen und Muslime nicht mehr so leicht zurückkönnen.

Roland Juchem

Alt Abt fordert Sachlichkeit vom Thinktank «Kirche/Politik»

Berchtold Müller ist Mitinitiant des neuen Thinktank «Kirche/Politik». Die «Gruppe» müsse als Erstes Erkenntnisse vorlegen, sagt der alt Abt von Engelberg gegenüber kath.ch.

Warum braucht es diesen Thinktank?

Berchtold Müller: Im Rahmen eines Gesprächs über Themen der «Paulus Akademie» haben Béatrice Acklin (die Freiburger FDP-Politikerin und Theologin, d. R.) und ich auch über das Thema Kirche und Politik gesprochen. Uns schien, dass in diesem Verhältnis auf beiden Seiten und aus unterschiedlichen Gründen erhebliche Irritationen bestehen, die sachliche und emotionale Reibungen verursachen. Um diese Gründe besser zu erfassen und daraus Konsequenzen zu ziehen, schlugen wir vor, eine kleine Gruppe von Interessierten zu einer Diskussionsrunde einzuladen. Nach dem ersten Gespräch waren die Beteiligten einverstanden, zu einem weiteren Treffen zusammenzukommen. In Zukunft sollte die Gruppe erweitert und die Überlegungen in einem öffentlichen Forum zur Diskussion gestellt werden.

Welche Funktion übt er im öffentlichen Auftritt der Kirche aus?

Müller: Die erste Diskussion zeigte durch Stellungnahmen von beiden Seiten die Notwendigkeit, das Verhältnis von Kirche und Politik neu und vertieft zu diskutieren.

Auf beiden Seiten bestehen Empfindlichkeiten und Frustrationen. Ob die Diskussion im Rahmen eines Thinktanks stattfinden soll, blieb offen. Auch ist es müssig, in der Anfangsphase angeben zu wollen, welche Bedeutung die Gespräche für die Kirche oder die Gesellschaft haben werden.



Alt Abt Berchtold Müller in einer Aufnahme aus dem Jahr 2009 | © Xaver Feierabend

Über welche Themen soll der Thinktank verhandeln?

Müller: Meiner Meinung nach geht es vorläufig nicht ums Mitreden, sondern um den Versuch, die Veränderungen im Verhältnis von Gesellschaft, Politik und Kirche zu verstehen. Wenn die Gruppe Erkenntnisse und Thesen vorlegen kann, müssen diese im weiteren Rahmen von Interessierten und Verantwortlichen diskutiert werden, bevor Konsequenzen vorgeschlagen oder Entscheidungen initiiert werden.

Sollen kirchliche Amtsträger zu politischen Themen schweigen?

Müller: Kirchliche Amtsträger, die dazu befugt und befähigt sind, haben einen

klaren Auftrag, das Evangelium Jesu Christi zu verkünden. Sie sollen es kompetent und verständlich tun. Selbstverständlich sollen sie sich in Wort und Tat engagieren und sich auf sichere Erkenntnisse der Theologie und anderer Wissenschaften stützen.

In diesem Rahmen sollen sie sich zu gesellschaftlichen und politischen Fragen äussern, aber es muss klar ersichtlich sein, ob sie im eigenen Namen sprechen oder im Sinn und Geist Jesu und im Auftrag seiner Kirche. Die Eigenständigkeit der Politik als Kunst des Machbaren und Dienst für das Allgemeinwohl muss respektiert werden.

Georges Scherrer

Chur scheitert vor Bundesgericht

Im Streit um eine Familienberatungsstelle ist das Bistum Chur vor dem Bundesgericht abgeblitzt. Die Richter in Lausanne stellten sich hinter die Katholische Landeskirche Graubünden.

Der Streit entzweite das Bistum Chur und die Katholische Landeskirche Graubünden seit Jahren. Das Bistum ist der Ansicht, die Fachstelle «Adebar», die vom Verein «Beratungsstelle für Familienplanung, Sexualität, Schwangerschaft und Partnerschaft Graubünden» getragen wird, wirke aktiv an Abtreibungen mit. Deshalb wollte es die finanzielle Unterstützung des Vereins durch die Landeskirche unterbinden. Zunächst durch

Anträge im Parlament der Landeskirche. Dann auf gerichtlichem Weg. Erfolgrlos.

Nun ist das Bistum auch vor dem Bundesgericht abgeblitzt. Gemäss ihrem Urteil vom 17. Dezember 2018 sind die Richter in Lausanne der Ansicht, der Entscheid zur Unterstützung von «Adebar» wende das Landeskirchenrecht nicht willkürlich an, teilte die Landeskirche mit. Die gesprochenen Mittel würden nicht für Zwecke eingesetzt, die mit

den Lehren der römisch-katholischen Kirche unvereinbar seien. Auch «eine Beeinträchtigung der Religionsfreiheit» sei «nicht auszumachen».

Scharfe Kritik des Bistums

Die Landeskirche begrüsst das Urteil, während das Bistum Chur den Entscheid äusserst kritisch kommentierte. Der Staat schaffe mit den Landeskirchen rechtliche Gebilde, die einer eigenen Agenda folgten, ohne dass sie deswegen in der Öffentlichkeit darauf verzichten müssten, sich katholisch zu nennen, heisst es in einer Stellungnahme. Gegen diese Täuschung und den Missbrauch ihres Namens könne die katholische Kirche in der Schweiz nichts tun, wie das Bundesgerichtsurteil nun zeige. (gs)

Schweiz

Schlupfloch stopfen

Wer bei der Kirche arbeiten, ins Priesterseminar oder in ein Kloster eintreten will, soll künftig einen Auszug aus dem Strafregister vorweisen müssen. Das sei eine von mehreren Präventionsmassnahmen, die das Fachgremium «Sexuelle Übergriffe im kirchlichen Umfeld» den Schweizer Bischöfen im Kampf gegen Missbrauch vorschlug, sagte der neue Präsident des Gremiums, Toni Brühlmann, auf Anfrage von kath.ch. Künftig sollen Bewerberinnen und Bewerber für eine Stelle im kirchlichen Dienst zwingend einen Privatauszug und einen Sonderprivatauszug aus dem Strafregister vorlegen müssen, meldete Radio SRF am 31. Januar. In gewissen Gebieten der Schweiz ist das Einholen von Strafregisterauszügen bereits jetzt gängige Praxis. (bal) (Bild: Toni Brühlmann | © vvg)



Patrick Renz verlässt Migratio

Patrick Renz verlässt nach zwei Jahren die Dienststelle der Schweizer Bischofskonferenz (SBK) für Migrationspastoral Migratio. Der Betriebswirt wurde zum Leiter der Institute der Hochschule für Wirtschaft der Fachhochschule Nordwestschweiz gewählt, wie die SBK mitteilte. Renz trat Mitte Januar 2017 nach einer halbjährigen Vakanz die Stelle als Nationaldirektor ad interim in der Nachfolge von Samuel M. Behloul an. Im Herbst des gleichen Jahres wurde Renz definitiv im Amt bestätigt. (ms)

Impressum

kath.ch religion-politik-gesellschaft ist eine Publikation des Katholischen Medienzentrums Zürich. Sie erscheint als Beilage zur Schweizerischen Kirchenzeitung.

Leitung: Regula Pfeifer

Redaktion dieser Ausgabe: Barbara Ludwig

Die Verwendung von Inhalten ist honorarpflichtig und nur mit Quellenangabe gestattet.

Anfragen per Telefon 044 204 17 80 oder E-Mail an redaktion@kath.ch.

Vatikan

Papst will auch gegen Missbrauch von Ordensfrauen vorgehen

Papst Franziskus hat eingeräumt, dass es in der katholischen Kirche auch Missbrauch von Ordensfrauen durch Kleriker gibt. «Es gibt das in der Kirche auch durch Kleriker, in einigen Regionen etwas mehr als in anderen», sagte er zu Journalisten am 5. Februar auf dem Rückflug von Abu Dhabi nach Rom. Franziskus sagte weiter, er wolle den von Benedikt XVI. begonnenen Kampf gegen Missbrauch fortsetzen. Konkrete Massnahmen nannte er nicht. (kna) (Bild: Ordensfrau hält Rosenkranz | © kna)



Ausland

Massnahmen gegen Missbrauch

Die Bischöfe im indischen Bundesstaat Kerala unternehmen weitere Schritte im Kampf gegen Missbrauch durch Kleriker: Neue Leitlinien für das Verhalten von Priestern und Kirchenpersonal sollen die Politik der Nulltoleranz bei sexuellem Missbrauch bekräftigen, wie «Vatican News» berichtete. Die Richtlinien wurden demnach an Priester, Kirchen, Bildungs- und religiöse Einrichtungen sowie an Pflegeheime im gesamten indischen Bundesstaat versendet. (kna)

Auch Homosexuelle willkommen

Deutsche Priesterseminare nehmen grundsätzlich auch homosexuelle Männer auf: Für sie sei wie bei heterosexuellen Männern die entscheidende Frage, ob sie zölibatär leben könnten und wollten, sagte der Vertreter der katholischen Priesterausbilder in Deutschland, Hartmut Niehues, dem Internetportal Domradio.de des Erzbistums Köln. Die Forderung der Bildungskongregation im Vatikan, Männer mit «tief sitzenden homosexuellen Tendenzen» vom Priesteramt auszuschliessen, nannte Niehues erklärungsbedürftig. «So wie das für heterosexuell empfindende Menschen eine Frage ist, ob die Orientierung sie so prägt und so bestimmt, dass sie ihre Orientierung praktizieren wollen und müssen, so stellt sich diese Frage auch für Menschen, die homosexuell empfinden.» (kna)

Social Media

Keine Ahnung von Religion?

Das Bundesgericht hat im Streit zwischen dem Bistum Chur und der Katholischen Landeskirche Graubünden um die Beratungsstelle «Adebar» zugunsten der Landeskirche entschieden (siehe Seite 3). Das Urteil hat die User auf Facebook entzweit.

Die Landeskirche hatte die finanzielle Unterstützung der Stelle an die Bedingung geknüpft, das Geld sei unter Berücksichtigung der Gesetze der katholischen Kirche zu verwenden. Das beruhigt Andreas Molch nicht. Der Unterstützungsbeitrag der Landeskirche ermögliche es «Adebar», Geldmittel aus anderen Quellen in Bereiche zu verschieben, die diesen Gesetzen nicht entsprechen, schreibt er auf Facebook. Die Landeskirche möge nun dieses Urteil der weltlichen Gerichtsbarkeit «feiern – und ihre mangelnde ethische Geradlinigkeit gleich mit».

Gudrun Ernstbrunner meint lakonisch, es sei hart «hart für einen Bischof Huonder, zu sehen, dass weltliche Gerichte nicht seinen Vorstellungen folgen». Die Bemerkung führte zu einem Disput über die Kompetenzen des Gerichts. «Was versteht das Bundesgericht schon von Religion?», fragt Friedrich Lorenz. Ob etwas aus religiöser Sicht richtig oder falsch sei, entscheide nicht Lausanne. Gudrun Ernstbrunner wendet ein, es gebe demokratische Strukturen in der Schweiz. Die Gläubigen hätten ein Mitspracherecht über die Verwendung ihrer Mittel.

Luzia Eller will wissen, wie sie vermeiden kann, dass die Landeskirche ihr «Kirchenbeitragsgeld» erhält. Und bekommt auch prompt einen Tipp von Carol Borges: Aus der Kirche austreten. (bal)

Zitat

«Jugendlichen sind Handy und Zugang zum Internet – also WLAN – existenziell wichtig. Gott ist wie WLAN. Er ist immer und überall erreichbar.»

Stephan Sigg

Der St. Galler Autor und Theologe sagte in einem Interview mit kath.ch, mit welchem Gottesbegriff Jugendliche erreicht werden können.